



**six feet under**

lebendig begraben

An der heutigen Sitzung debattiert der Stadtrat über die dringliche Interpellation ‚Ungenügende Versorgung von Kindern in der Notunterkunft Hochfeld‘

In der schriftlichen Antwort des Gemeinderates fällt auf, dass wichtige Fragen offen bleiben. Der Gemeinderat stützt sich auf die Auskünfte des kantonalen Amtes für Migration – diese Auskünfte widersprechen aber den Aussagen der Bewohner und Bewohnerinnen des Asylbunkers Hochfeld, die an der Medienkonferenz vom 18. Juli 2012 gemacht wurden.

Vielleicht wurden einige der stossendsten Missstände im Asylbunker Hochfeld mittlerweile tatsächlich behoben. Das Grundproblem, Menschen unterirdisch zu halten und die zunehmende Privatisierung auch im Asylbereich besteht aber weiter.

Zustände, wie sie im Hochfeld-Bunker kritisiert werden, sind die Konsequenz dieser Entwicklung, wo das Recht auf Asyl zu einem Business pervertiert wird, das der Logik der Gewinnmaximierung unterworfen ist. (Dies in der Schweiz, die sich gerne als Hüterin der Menschenrechte darstellt.)

Die Partei der Arbeit erwartet von der Stadt Bern, dass sie sich gegen diese Privatisierungstendenzen einsetzt und menschenwürdige Unterkünfte zur Verfügung stellt, statt sich mit dem Argument, der Kanton sei hier zuständig, aus der Verantwortung zu stehlen.

Eine offene Stadt heisst für uns: Solidarität ist kein Etikett für Feierstunden. Solidarität ist eine Wahl, die verpflichtet.

Medienmitteilung der Partei der Arbeit Bern 16.8.2012